

Niederschrift BAU/047/2009

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Bauausschusses der Stadt Rheine
am 15.01.2009

Die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer SPD Ratsmitglied

Mitglieder:

Herr Matthias Auth CDU Ratsmitglied
Herr Antonio Berardis SPD Ratsmitglied
Herr Heinrich Hagemeyer CDU Ratsmitglied
Herr Johannes Havers CDU Ratsmitglied
Herr Günter Löcken SPD Ratsmitglied
Herr Thomas Oechtering CDU Sachkundiger Bürger
Frau Theresia Overesch CDU Ratsmitglied
Herr Michael Reiske BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ratsmitglied
Herr Heinrich Thüring SPD Ratsmitglied
Herr Anton van Wanrooy CDU Ratsmitglied
Herr Johannes Willems FDP Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Herr Hartmut Klein Sachverständiger Bürger
(für die Baudenkmal-
pflege)
Herr Dr. Lothar Kurz Sachverständiger Bürger
(für die Bodendenkmal-
pflege)
Herr Claus Meier Sachkundiger Einwohner
Herr Manoharan Murali Sachkundiger Einwohner

Heinz Werning

Sachkundiger Einwohner

Vertreter:

Herr Horst Dewenter CDU

für RM Kohnen

Herr Alfred Holtel FDP

Ratsmitglied

Herr Viktor Milz

Sachkundiger Einwohner

Frau Theresia Nagelschmidt CDU

für RM Kaisal

Herr Eckhard Roloff SPD

Ratsmitglied

Herr Detlef Weßling SPD

für SB Kölker

Gäste:

Herr Hermann Gehring

Herr Dr. Hermann-Josef Köller

Verwaltung:

Frau Ute Ehrenberg

Beigeordnete

Herr Werner Schröer

Fachbereichsleiter FB 5

Frau Claudia Kurzinsky

Produktverantwortliche
Hochbau

Gäste:

Herr Martin Forstmann

TBR

Verwaltung:

Frau Anke Fischer

Schriftführerin

Herr Brauer begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die heutige Sitzung. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 46 über die öffentliche Sitzung am 23.10.2008

Es werden weder Änderungen noch Ergänzungen zur Niederschrift vorgetragen. Die Niederschrift ist somit genehmigt.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 23.10.2008 gefassten Beschlüsse

Bericht der Verwaltung im Bausausschuss am 15. Januar 2009

über die Ausführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom 20.11.2008

TOP	Antragssteller / Vortragender	Anliegen	Stellungnahme / Arbeitsauftrag	Antwort
1	Herr Löcken	Schreibfehler TOP 15 in der Niederschrift vom 23.10.08 falsch: "Hessenschanze" richtig: "Hessenweg"	wird seitens der Schriftführerin erledigt	erledigt
3.1	CDU-Fraktion	Kombinierter Rad/ Gehweg entlang der B 481 - Untersuchung des Kostenaufwandes	weitere Verhandlungen mit der Straßenbauverwaltung	Es wird auf das beiliegende Schreiben an die Straßenbauverwaltung verwiesen.
3.3	Herr Berardis	Änderung der Radwegführung im Bereich der Dionysiusstraße	Aufarbeitung und Besprechung der Thematik mit dem Baulastträger	Die Umgestaltung des Knotenpunktes wird untersucht und zu gegebener Zeit im BA vorgestellt.
3.5	Herr Kohnen	Geschwindigkeitsbegrenzung an der Möllerhookstraße	Thematisierung im Arbeitskreis "Verkehr" und anschließender Bericht im Bauausschuss	Die Thematik ist im AK Verkehr beraten worden. Auf die beiliegende E-Mail des FB 3 wird verwiesen.
3.7	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN	Antrag "Erste Glühbirnenfreie Stadt Deutschlands"	Auf die Tagesordnung in einer der nächsten Sitzungen	
6	Herr Brauer	Verhältnis der Wassereinsparungen zur Belegung der Übergangwohnheime	Vermerk	Siehe Auszug aus dem Energiebericht 2006/2007 der Stadt Rheine, Seite 10
10	Frau Overesch	Verlegung der Überschreithilfe an der Rheiner Straße - Umlegung der Kosten	Stellungnahme über die Verteilung der Kosten	Die Thematik wird im Rahmen des Abwägungsbeschlusses in der nächsten Sitzung vorgelegt.
17.4	Frau Overesch u.a.	Überprüfung der Ampelschaltungen im Innenstadtdgebiet	Überprüfung im Rahmen der nächsten Inspektion	Überprüfung der Schaltungen im Februar 2009

3. Informationen

3.1. Zuwendungsbescheid Bahnflächen

Herr Schröder verliest den Zuwendungsbescheid der Bezirksregierung Münster für Rheine R und den IV Quadranten und erläutert die Zuwendungsmodalitäten.



Steinfurt, den 12.01.2009

Kreis Steinfurt
Der Landrat

Bezirksregierung Münster Dez. III/
im Auftrag

S. Bick

Bezirksregierung Münster • 48128 Münster

Gegen Empfangsbekanntnis

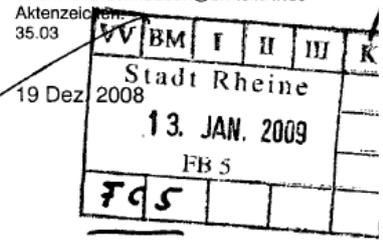
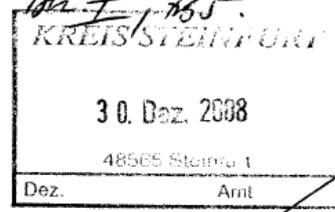
Bürgermeisterin
der Stadt Rheine
48427 Rheine

ü.d. Landrat
des Kreises Steinfurt
48563 Steinfurt

Maßnahme-Nr. 06/40/06
Positions-Nr.: 755502 + 770502

Dienstgebäude:
Domplatz 1-3
48143 Münster
Telefon: 0251 411-0
Durchwahl: 411-1501
Telefax: 411-81501
Raum: 358
Auskunft erteilt:
Ulrich von Bruchhausen
E-Mail:
ulrich.vonbruchhausen@brms.nrw.de
AktENZEICHEN:
35.03

*ju.K. 12.01.09
Dz. F. 785.*



Zuwendungsbescheid Nr. 06/67/08

(Projektförderung)

5.3 H.L.Sch

**Zuwendung des Landes NRW - Städtebauinvestitionsprogramm '08-
Aufbereitung von Brachflächen - Branche 1.0; Aktivierung von Bahnflächen im
Bahnhofsumfeld (4ter Quadrant) und Rangierbahnhof Rheine R; III.BA**

Akt. Antrag vom 29.11.2006 i.d.F. der erg. Berichte, zuletzt vom 19.11.2008

Anlagen:

- (X) Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden (GV) - ANBest-G -
- (X) Anlage 1 zum Zuwendungsbescheid
- (X) Vordrucke Mittelanforderungen und Verwendungsnachweise

1. Bewilligung

Auf Ihren v g. Antrag bewillige ich Ihnen für die Zeit vom Datum dieses Bescheids bis **31.12.2011** (Bewilligungszeitraum)

eine Zuwendung in Höhe von **1.092.000,00 EUR**

(in Buchstaben: Einemillionzweiundneuzigtausend Euro)

E-Mail: poststelle@bezreg-muenster.nrw.de
Internet: www.bezreg-muenster.nrw.de
Grünes Umweltschutztelefon: (0251) 411 - 3300

ÖPNV - Haltestellen:
Domplatz, Linien 1, 2, 10, 11, 12, 13, 14, 22
Bezirksregierung II, Linie 17 (Haus N)

Konto der Landeskasse WestLB AG

BLZ: 400 500 00
Konto: 61 820
IBAN: DE65 4005 0000 0000 0618 20
BIC: WELADE3M

1/4

NRW.

2. Zur Durchführung folgender Maßnahmen

(Genaue Bezeichnung des Verwendungszwecks durch Bezugnahme auf den Antrag, ggf. zusätzliche Änderungen gegenüber dem Antrag)

Aufbereitung von Brachflächen - Brache 1.0; Aktivierung von Bahnflächen im Bahnhofsumfeld (4ter Quadrant) und Rangierbahnhof Rheine R; III.BA

Zweckbindungsfrist **20 Jahre**

3. Finanzierungsart/-höhe

Die Zuwendung wird in der Form der **Anteilsfinanzierung** in Höhe von 70 v.H. zu zuwendungsfähigen Gesamtausgaben in Höhe 1.560.000,00 EUR als Zuweisung (Zuschuss) gewährt.

Fördersatzerlass vom 23.08.2007/ Sept. 2006 - V A 4 - 40.05 -, da es sich hier um eine Fortsetzungsmaßnahme handelt, wird nach dem RdErl. des MBV vom 22.01.2008-V A 4-40.05- weiterhin der Fördersatz von 70% zugrunde gelegt.

✓
0

4. Zuwendungsfähige Gesamtausgaben

Die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben wurden wie folgt ermittelt:

Anteilige Kostenansätze der Kostengliederung:	1.560.000,00 €
Einnahmen/Erlöse(Kostenanteile Dritter):	0,00 €
Zuwendungsfähige Gesamtkosten:	1.560.000,00 €

Zuwendungsbereich (Teilmaßnahmen nach den Förderrichtlinien v. 22.10.08)		Ausgaben	
Nr.	Maßnahme	zuwendungsfähig TEUR	Förderung TEUR
10.3, 10.4	Aufbereitung von Brachflächen (Erschließung)	1.560	1.092
	Summe	1.560	1.092

5. Bewilligungsrahmen

Von der Zuwendung entfallen auf:

**Landesmittel - 14 500 / 883 11 - Pos.Nr. 755502 -
573.000,00 EUR**

	2008	2009	2010	2011
4001 v. 08.12.08	171.500,00			
4002.1 v. 09.06.08	44.000,00			161.100,00
4002.2 v. 09.07.08			10.000,00	61.205,00
4004.2 v. 09.07.08			99.000,00	
4004.3 v. 20.08.08		26.195,00		
Summe:	215.500,00	26.195,00	109.900,00	222.305,00

**Bundesmittel - 14 500 / 883 10 - Pos.Nr. 770502 -
519.000,00 EUR**

	2008	2009	2010	2011
4001 v. 07.07.08	11.160,63			
4001 v. 08.12.08	24.206,30			
4013 v. 02.06.08		91.500,00	167.000,00	225.133,07
Summe:	35.366,93	91.500,00	167.000,00	225.133,07

6. Auszahlung

Die Zuwendung wird aufgrund der Anforderungen nach den ANBest-G ausgezahlt

Nebenbestimmungen

- Die beigelegten ANBest-G sind Bestandteil dieses Bescheides. Abweichend und ergänzend hierzu gelten die in der Anlage 1 aufgelisteten Nebenbestimmungen.

Wegen der sachlichen und zeitlichen Bindung der Fördermittel nach § 45 Landeshaushaltsordnung ist das Recht auf die Inanspruchnahme (Mittelabruf)

der für das jeweilige Haushaltsjahr zur Verfügung stehenden Mittel auf das Ende des entsprechenden Haushaltsjahres befristet.

- Sofern die Stadt Rheine in dem für die Umsetzung der mit diesem Bescheid geförderten Maßnahmen maßgeblichen Haushaltsjahr nicht über einen rechtswirksamen ausgeglichenen Haushalt verfügt, dürfen diese Investitionsmaßnahmen nur begonnen bzw. durchgeführt werden, soweit sie in einem vom Kreis Steinfurt genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten sind oder die Verringerung der allgemeinen Rücklage nach § 75 Abs. 4 Satz 1 GO genehmigt wurde.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erheben.

Die Klage ist beim Verwaltungsgericht in 48147 Münster, Piusallee 38, schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären. Wird die Klage schriftlich erhoben, so sollen dieser zwei Abschriften beigelegt werden.

Sollte die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden, so würde dieses Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Sie können die Bestandskraft des Zuwendungsbescheides herbeiführen und damit die Auszahlung der Mittel beschleunigen, wenn Sie schriftlich auf die Einlegung des Rechtsmittels verzichten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


(Ralf Weidmann)

3.2. Information Rathausfassade

Herr Schröder verliest eine Erklärung zur Sanierung der Rathausfassade.

Information für den Bauausschuss am 15.01.09

**Information für die öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 15.01.09
- Sanierung der Rathausfassade**

Für die Sanierung der Rathausfassade wurde in der Eröffnungsbilanz eine Rückstellung in Höhe von 2.135.298 Euro gebildet.

Aufgrund der durchgeführten Ausschreibung für das Gewerk der Aluminium-Fensterfassadenelemente und der Wärmedämmarbeiten sowie einer weiteren Konkretisierung der Kostenschätzung für die Elektroarbeiten und der Brüstungsverkleidung ist davon auszugehen, dass das Auftragsvolumen gegenüber der internen Kostenschätzung aus Februar 2008 um rund 1.269.000 Euro auf insgesamt 3.404.000 Euro ansteigt.

Dies ist insbesondere auf Massenabweichungen im Bereich der Fassadenelemente, die Erhöhung des Aufwandes bei den Elektroarbeiten und der Brüstungselemente, eine eingetretene Marktsättigung im Metallbaubereich sowie gestiegene Marktpreise für Einzelkomponenten zurückzuführen.

Gleichwohl sind die neu ermittelten Kosten die Sanierungskosten, die am Markt für die notwendigen Bauleistungen kalkuliert werden.

Gegenüber der Darstellung in einer Zeitung lag zu keinem Zeitpunkt eine unvollständige oder gar fehlerhafte Ausschreibung vor.

Herr Brauer erklärt, dass er zu diesem Punkt keine Diskussion zulasse, da es sich um ein laufendes Vergabeverfahren handle.

4. Eingaben

4.1. Rechtzeitige Anliegerinformation über den Ausbau von Stadtstraßen

Herr Schröder trägt den Antrag der CDU-Fraktion vor.

Fraktion im Rat der Stadt Rheine



Josef Niehues, Feldhues Hook 6, 48432 Rheine

Stadt Rheine

Vorsitzender des Bau- und Betriebsausschusses

Herrn Karl-Heinz Brauer

Klosterstraße 14

48431 Rheine

Josef Niehues

Feldhues Hook 6

48432 Rheine

☎ 05975 / 82 76

Fax.: 05975 / 35 73

@: Josef.Niehues@osnanet.de

13.01.2009

Rechtzeitige Anliegerinformation über den Ausbau von Stadtstraßen

Sehr geehrter Herr Brauer,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Rheine beantragt, dass im Bauausschuss folgender Beschlussvorschlag zur Abstimmung gebracht wird:

„Der Bauausschuss beschließt, dass Grundstückseigentümer an Stadtstraßen, die erstmalig ausgebaut oder kostenpflichtig saniert (nochmalig hergestellt) werden, mindestens zwei Jahre vor Maßnahmebeginn oder im Zuge des Bauanzeigeverfahrens über das Vorhaben und die zu erwartenden geschätzten Kosten schriftlich informiert werden.

Für Maßnahmen, die bereits in Planung sind, ist die Information der Anlieger umgehend umzusetzen. “

Begründung:

In den letzten Jahren wurden verschiedene ältere Stadtstraßen auch außerhalb von Neubaugebieten erstmalig ausgebaut beziehungsweise nochmalig hergestellt. Besonders bei Straßen mit überwiegend Altanliegern führte die Offenlage, die durchschnittlich 6 Monate vor Baubeginn erfolgt, dazu, dass die Anlieger die Maßnahme zunächst grundsätzlich ablehnten.

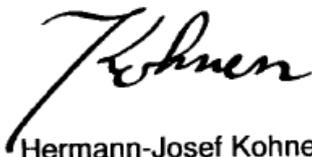
In vielen Diskussionen mit den Anliegern wurde aber häufig der Ausbau selbst nicht in Frage gestellt, sondern überwiegend die damit verbundene kurzfristige Kostenbelastung als Grund für die Ablehnung der Maßnahme genannt.

Viele Anlieger sind finanziell überfordert und können innerhalb von wenigen Monaten einen Betrag von mehreren Tausend Euro nur durch entsprechende Kreditaufnahme aufbringen.

Mit der Umsetzung der oben genannten vorzeitigen Information werden die Anlieger nicht erst durch die Offenlage von der geplanten Maßnahme überrascht, sondern können rechtzeitig finanzielle Vorsorge treffen.

Das vorgeschlagene Verfahren ist außerdem nicht nur bürgerfreundlich, sondern wird auch den Aufwand für die Bearbeitung von Eingaben reduzieren, in denen regelmäßig die Kosten als Ablehnungsgrund eines Ausbaus angeführt werden.

Mit freundlichen Grüß



Hermann-Josef Kohnen

Stellv. Fraktionsvorsitzender

Herr Schröer erinnert die Ausschussmitglieder an die jährlich änderbare Prioritätenliste. Um dem Vorschlag der CDU folgen zu können, müsste auch das Instrument der Prioritätenliste im Bauausschuss geändert werden.

Herr Dewenter schlägt vor, den Bürger durch ein Informationsschreiben darauf hinzuweisen, dass mittelfristig der Straßenabschnitt vor seinem Haus erneuert werde.

Herr Thüring gibt zu bedenken, dass durch die von Herrn Dewenter vorgeschlagene Vorgehensweise die Bürger möglicherweise verunsichert würden. Geplante Investitionen werden nicht mehr getätigt, damit die Anwohner auf den möglichen Ausbau reagieren können.

Herr Brauer empfiehlt, die Verwaltung möge ein Verfahren entwickeln das dem Antrag gerecht wird.

4.2. Maßnahmen zum Klimabündnis im Jahr 2009

Herr Schröder verliest den Antrag der CDU-Fraktion und sagt zu, den Antrag zu einer der nächsten Sitzungen aufzubereiten.

Fraktion im Rat der Stadt Rheine



Josef Niehues, Feldhues Hook 6, 48432 Rheine

Stadt Rheine

Vorsitzender des Bau- und Betriebsausschusses

Herrn Karl-Heinz Brauer

Klosterstraße 14

48431 Rheine

Josef Niehues

Feldhues Hook 6

48432 Rheine

☎ 05975 / 82 76

Fax.: 05975 / 35 73

@: Josef.Niehues@osnanet.de

13.01.2009

Maßnahmen zum Klimabündnis im Jahr 2009

Sehr geehrter Herr Brauer,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Rheine beantragt, dass dem Bau- und Betriebsausschuss von der Verwaltung für die Haushaltsplanberatungen 2009 folgende Daten aufbereitet werden:

1. **Energetische Sanierungsmaßnahmen**

Geplante Maßnahmen für das Jahr 2010 und 2013 mit folgenden Angaben:

- 1.1. Projektbeschreibung
- 1.2. Geplanter Maßnahmenbeginn
- 1.3. CO₂-Entlastung
- 1.4. Kostenschätzung
- 1.5. Energiekosteneinsparung
- 1.6. jährlicher Zinsaufwand

2. **Neubaumaßnahmen**

2.1. **Euregio-Sporthalle**

Kostenvergleich des Einsatzes einer Wärmepumpe für die Gebäudebeheizung gegenüber konventioneller Heiztechnik einschließlich Wirtschaftlichkeitsberechnung.

2.2. **Erweiterung des Kopernikus- Gymnasiums**

Wirtschaftlichkeitsvergleich bei Umsetzung in Passivhausbauweise gegenüber konventioneller Bauweise.

Sowohl für die Sanierungsmaßnahmen als auch für die Neubauten soll für die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eine angemessene Energiekostensteigerung

berücksichtigt werden.

Begründung:

Im Jahr 2007 hat der Rat der Stadt Rheine das Klimabündnis geschlossen. Eines der wesentlichen Ziele dabei ist, den in Rheine produzierten CO₂-Ausstoß möglichst zeitnah zu minimieren. Im Zuge dieser Bestrebungen müssen sowohl Neubau- als auch Sanierungsmaßnahmen im Focus dieser Zielsetzung stehen.

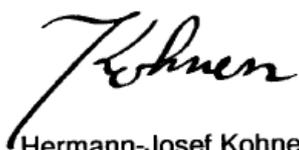
Im Hinblick auf die Finanzkrise, die auch in Rheine nicht ohne Folgen bleiben wird, kann eine vorgezogene energetische Sanierung zur Dämpfung eines kurzfristig zu erwartenden Auftragsrückgangs im Bereich des örtlichen Handwerks und deren Zulieferfirmen dienen. Um unseren Haushaltsgrundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gerecht zu werden, soll die Datenerhebung neben der CO₂-Entlastung auch Angaben zur Wirtschaftlichkeit enthalten.

Die CDU-Fraktion beabsichtigt im Haushalt 2009 zusätzliche Finanzmittel für Sanierungsmaßnahmen bereitzustellen, bei denen mit möglichst geringem finanziellen Aufwand eine möglichst hohe CO₂-Einsparung erreicht wird und zusätzlich die Auftragslage für das örtliche Handwerk verbessert werden kann.

Auch bei den Neubauprojekten sind die Zielsetzungen des Klimabündnisses zu berücksichtigen. Die Bürgerbefragung zum Klimaschutz hat ergeben, dass rund 50 % der Befragten aktiv in den Klimaschutz investieren möchten, als Hemmnis wird neben den Kosten die fehlende Langzeiterfahrung genannt. Daher hat die Stadt Rheine bei kommunalen Neubauprojekten eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Folglich sind regenerative Energiequellen, besondere Dämmmaßnahmen etc. auch dann einzusetzen, wenn die Amortisation der Mehrinvestition erst zum Ende der Lebensdauer des Investitionsprojektes erreicht wird.

Werden diese wirtschaftlichen Aufgaben erfüllt, sollen zusätzlich erforderliche Haushaltsmittel für die oben aufgeführten Neubauprojekte bereitgestellt und diese Maßnahmen als Pilotprojekte umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüß



Hermann-Josef Kohnen

Stellv. Fraktionsvorsitzender

**5. Beschränkte Zufahrtsfreigabe zum Kloster Bentlage während der Wintermonate
Vorlage: 012/09**

Frau Overesch schlägt vor, die Umgebung um das Kloster in den Wintermonaten attraktiver zu gestalten, indem der Pendelbus nicht nur am Sonntag, sondern auch von Mittwoch bis Samstag zum Kloster hin eingesetzt wird. Die CDU-

Fraktion beantragt, von Januar bis März einen Probelauf zu starten, um festzustellen wie die Erweiterung des Angebotes von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird.

Herr Löcken weist darauf hin, dass die Erweiterung der Pendelbusfahrten zusätzliche Kosten verursache. Diese könnten durch einen Unkostenbeitrag der mitfahrenden Personen minimiert werden.

Herr Willems stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion zu, möchte jedoch die Frage nach dem Fahrgeld geklärt wissen.

Herr Reiske weist darauf hin, dass das Gelände um das Kloster herum eine Oase der Ruhe darstellen soll. Besonders in den Sommermonaten werde der Weg zum Kloster hin widerrechtlich durch Autofahrer genutzt. Aus diesem Grund sollte ein Poller installiert werden, damit die Straße nicht durch widerrechtliche Benutzung zu schnell abgenutzt wird.

Frau Ehrenberg erklärt, dass der Bau eines Pollers nicht zur Diskussion stehe. Sie erklärt weiter, dass der Pendelbus zurzeit nur sonntags und zwar in der Sommerzeit von 10:00 bis 18:00 Uhr eingesetzt wird. Zu dieser Zeit hat sowohl das Café als auch das Kloster geöffnet. Der Pendelbus könnte zusätzlich von Mittwochs bis Samstags zwischen 14 und 17 Uhr eingesetzt werden. Da es sich um einen gesponserten Bus handelt, würden sich die zusätzlichen Kosten auf ca. 3.500,00 Euro belaufen. Frau Ehrenberg führt weiter aus, dass das Café und das Kloster jedoch nur am Samstag und am Sonntag geöffnet haben. Für einen Probelauf könnten zurzeit keine weiteren Angebote für Gäste gemacht werden, so dass ein Probelauf zu diesem Zeitpunkt nicht repräsentativ wäre. Frau Ehrenberg schlägt vor, einen Probelauf im Winter 2009/2010 zu starten, damit die anderen Angebote darauf abgestimmt werden können.

Herr Meier fragt nach, ob der Pendelbus auch für Rollstuhlfahrer und Menschen mit Gehhilfen geeignet sei.

Frau Ehrenberg verneint dies, weist aber darauf hin, dass für Menschen mit Behinderung Parkplätze an der Ökonomie geschaffen wurden.

Frau Overesch beantragt, den Pendelbus von Mittwoch bis Sonntag für alle Gäste des Klosters einzusetzen.

Herr Reiske schlägt vor, den Beschluss heute ohne verbindliche Zeiten zu fassen.

Herr Thüning fragt nach, ob es verlässliche Nutzerzahlen gebe.

Herr Berardis schlägt vor, den Pendelbus einzusparen und dafür einen Poller zu errichten.

Frau Ehrenberg gibt zu bedenken, dass ein Pendelbus nur dann erfolgreich sein kann, wenn er verlässlich eingesetzt werde. Dazu gehört auch, dass dieser Bus hin und wieder Leerfahrten unternehmen muss. Sie führt weiter aus, dass der Pendelbus wesentlich günstiger sei als ein Poller.

Herr Brauer schlägt vor den Beschluss wie folgt abzuändern:

Beschluss:

I.

Der Bauausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur beschränkten Zufahrtsfreigabe zum Kloster Bentlage während der Wintermonate zur Kenntnis und lehnt die beschränkte Zufahrtsfreigabe zum Kloster Bentlage generell ab.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

II.

Der Bauausschuss beschließt den Pendelbus zur Probe von Mittwochs bis Sonntags zwischen 14:00 Uhr und 17:00 Uhr einzusetzen. Der Bauausschuss empfiehlt die Finanzmittel hierfür bereitzustellen.

(Anmerkung: Bereitstellung der Mittel muss im Kulturausschuss bei den Museen erfolgen.)

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit einer Gegenstimme

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Hochwasserschutzanlage am Timmermanufer Vorlage: 010/09

Herr Schröder führt in die Thematik ein und erklärt, dass die Planungen an die neuen Erkenntnisse angepasst wurden. Der Statiker habe in der Ausführungsplanung festgestellt, dass die Bäume nördlich der Ludgerusbrücke nicht zu erhalten seien. Entsprechende Ersatzpflanzungen werden geleistet. Weiter schlägt die Verwaltung vor, unter der Brücke eine feste Betonmauer zu bauen, um den Geländesprung abzufangen. Herr Schröder erklärt, dass die Bürgerschaft diesen Vorschlag ablehne. Er führt weiter aus, dass die Verwaltung plane, den Gehweg oberhalb der Wiese um drei Meter zu verlegen, damit die Platanen mehr Raum bekommen. Der Hockey-Verein hat vorgeschlagen, den Ballfangzaun auf die Mauer zu setzen. Im Ernstfall könnte der Zaun entfernt und in die vorhandenen Verankerungen die Mobilteile der Hochwasserschutzmauer eingesetzt werden. Daneben solle auf einer Länge von etwa 20 Metern in Höhe des Hockey-Feldes ein Versatz der Mauer erfolgen, um eine spätere Tribüne zu ermöglichen. Dieser Vorschlag wird von der Verwaltung begrüßt, da es eine gewisse Auflockerung in die Mauer bringt. Er führt weiter aus, dass der Anlieger einen zusätzlichen Zugang – gegenüber dem Wohnhaus, Timmermannufer 120 - für Fußgänger vorgeschlagen hat. Die Verwaltung wird diesen Wunsch in die Planungen einarbeiten, wenn der Bauausschuss der Änderung zustimmt.

Herr Schröder erklärt, dass der RP grundsätzlich mit den Änderungen einverstanden sei. Auf Grund neuer Zuschussrichtlinien, ist noch nicht ganz klar,

wie hoch der Zuschusssatz ausfallen wird. Herr Schröder erläutert, dass der RP darauf hingewiesen habe, dass die Stadt Rheine einen gewissen Vertrauensschutz hat, und voraussichtlich weiterhin mit einem 70-prozentigen Zuschuss planen kann.

Herr Hagemeier fragt nach, warum erst jetzt bekannt geworden ist, dass die Bäume nicht erhalten werden können.

Herr Löcken empfiehlt die Betonmauer so niedrig wie möglich zu halten. Er schlägt weiter vor, dass der Durchgang an der Wiese nicht breiter als 2,00 Meter sein darf, damit soll eine mögliche Autodurchfahrt verhindert werden. Die gewünschten Änderungen des Ruder- und Hockeyclubs werden von der SPD-Fraktion begrüßt.

Herr Reiske begrüßt die neu vorgelegte Planung. Der Charakter des Emsufers werde aufgewertet. Der zusätzliche Fußdurchgang zur Wiese sei wünschenswert. Er bittet darum, auf die Sicherung des Baumbestandes zu achten.

Herr Schröder erläutert, dass Herr Gehring mehrfach darauf gedrängt habe die Ausführungsplanung zu genehmigen. Erst in der Ausführungsplanung könnten Detailfragen wie der Erhalt von Bäumen geprüft werden. Da erst Ende 2008 die Ausführungsplanung in Auftrag gegeben wurde, konnten diese Detailfragen auch erst jetzt geklärt werden.

Herr Willems fragt nach, ob die Kosten für die Gehwegverbreiterung bereits eingeplant seien.

Herr Schröder antwortet, dass der Ausbau des Timmermannufers erst nach dem Bau der Mauer stattfinden werde.

Herr Dewenter merkt an, dass das Gutachten bezüglich des Mauerstandortes vorher hätte kommen müssen.

Herr Schröder erläutert, dass der Verwaltung eine Planungsgenehmigung nach § 31 Wasserhaushaltsgesetz für eine feste Mauer vorgelegen habe. Der Wunsch eine mobile Mauer zu errichten und die Modifikationen im Verlauf, machte neue Planungen nötig. Fragen nach der Lagerung, der Wartung der Mobilteile und dem Team, welches den Aufbau im Ernstfall übernimmt, mussten geklärt werden. Auch die Frage nach dem Erhalt der Bäume und dem endgültigen Standort der Mauer konnten erst in der Ausführungsplanung geklärt werden.

Herr Willems fragt nach, wer den Ballfangzaun am Hockeyplatz abbaue.

Herr Schröder antwortet, dass der Ballfangzaun in die Nuten eingelassen werden soll, in die auch die Mobilteile im Ernstfall eingelassen werden. Es müsse geklärt werden, wer die Montage und Demontage der Mobilteile übernehme. Im Ernstfall hat sich das Technische Hilfswerk bereiterklärt, die Auf- und Abbauarbeiten vorzunehmen. Formelle Vereinbarungen gebe es aber bisher nicht.

Herr Dewenter führt aus, dass die CDU einer mobilen Mauer von max. 70 Zentimetern und dem Fußgängerdurchgang an der Wiese mit einer Breite von 1,50 Metern zustimme.

Herr Brauer fasst zusammen, dass der Ausschuss eine mobile Mauer, auch unter der Ludgerusbrücke befürwortet. Im Abschnitt 3 soll ein Fußgängerdurchgang zur Wiese entstehen.

Geänderter Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt das Ergebnis des Gespräches mit der Bezirksregierung in Münster und die neuen Detailplanungen bezüglich der Anlegung einer Hochwasserschutzmauer an der Ems zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Einziehung eines Teilstückes der Windthorststraße
Vorlage: 019/09****Beschluss:**

Es wird festgestellt, dass aufgrund der amtlichen Bekanntmachung gegen die Absicht der Stadt Rheine, das Teilstück der Windthorststraße/Ecke Im Sundern, Gemarkung Rheine Stadt, Flur 113, Flurstück 486 tlw., einzuziehen, keine Einwendungen erhoben wurden.

Einziehungsbeschluss

Das Teilstück der Windthorststraße/Ecke Im Sundern, im anliegenden Lageplan näher dargestellt, Gemarkung Rheine Stadt, Flur 113, Flurstück 486 tlw., wird hiermit gem. § 7 des Straßen- und Wegegesetzes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) eingezogen, weil eine Verkehrsbedeutung nicht mehr gegeben ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

Es folgen keine Wortmeldungen.

9. Anfragen und Anregungen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Herr Brauer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Anke Fischer
Schriftführerin

